

Nach den Wahlen in Israel und vor dem Ende internationaler Friedensdiplomatie

von Reiner Bernstein¹

Während allerorts in der Bundesrepublik das 50. Jubiläum der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel gefeiert wird und Berlin sich auf den Staatsbesuch Reuven Rivlins vorbereitet, hat Benjamin Netanjahu der deutschen Außenpolitik und der internationalen Diplomatie endgültig die Tür gewiesen: Er werde sich mit vollem Einsatz der Entstehung eines Staates Palästina widersetzen. Präziser hätte der Ministerpräsident alle internationalen Bemühungen um das Ende des israelisch-palästinensischen Konflikts nicht desavouieren können.

Gegen diesen Pessimismus mag eingewendet werden, man möge doch bitte erst einmal die neue Koalitionsbildung nach der Wahl zur 20. Knesset am heutigen Tag abwarten, habe doch Netanjahu seine stärksten Rivalen Yitzhak Herzog und Tsipi Livni vom „Zionistischen Lager“ beschuldigt, Jerusalem zu teilen, auf „Judäa und Samaria“ zu verzichten und sich damit zum Büttel der internationalen Gemeinschaft machen zu wollen.

Eine solche Beschuldigung spiegelte lediglich die Verzweiflung Netanjahus wider, seine vierte Amtszeit zu verpassen und seine „Likud“-Partei in die Niederlage zu führen. Dabei schienen ihm alle Anklagen recht zu sein, die seinen Gegnern die Beteiligung an einer „linken“, einer „medialen“ und einer „internationalen“ Konspiration vorwarfen. Die überwiegende Mehrheit der jüdischen Bevölkerung – von den Staatsbürgern arabischer Volkszugehörigkeit zu schweigen

¹ Abgeschlossen am 18. März 2015. Ende März 2015 wird dazu meine Studie „Israel und Palästina oder Vom Scheitern der internationalen Diplomatie“ vorliegen.

– ist jedoch Netanjahus politischer Selbstherrlichkeit und seiner Panikmache vor dem Nuklearprogramm des Irans überdrüssig.

Es gehört nicht viel Phantasie zu der Annahme, dass jede neue Koalitionsregierung der Innenpolitik großen Raum einräumen muss, damit ihr das Volk nicht davonläuft: Lebenshaltungskosten samt Steuern und Abgaben, steigenden Wohnungsmieten in den Ballungszentren, Explosion bei den Immobilienpreisen, desolaten baulichen Zuständen in Schulen und öffentlichen Gebäuden und manch anderem mehr.

Unter diesem Blickwinkel wird sich die Außenpolitik darauf beschränken, die Katastrophen in der arabischen Nachbarschaft, in Syrien, im Libanon und schließlich auch in Jordanien, aufmerksam zu beobachten und gefährlichen Rückwirkungen mit dem Einsatz des Militärs zu begegnen. Für das Verhältnis zu den Palästinensern in den seit 1967 besetzten Gebieten bleibt da wenig Zeit und Kraft. Zudem wäre es nur bei Inkaufnahme eines Bürgerkrieges möglich, dass die neue Regierung über kosmetische Korrekturen hinaus eine politische Kehrtwende in „Judäa und Samaria“ sowie in Ost-Jerusalem – dem Herz des Konflikts – einleitet.

Die internationale Diplomatie wird sich also wie zuvor aufs Krisenmanagement beschränken müssen. Sie wird es mit einer Koalition innenpolitischer Zerreißproben und außenpolitischer Geschlossenheit zu tun haben; hier steht nichts auf der Kippe. Dass kurz vor den Wahlen ein Kommentator bemerkte, das Schicksal der israelischen Demokratie werde in den besetzten Gebieten entschieden, scheint nur wenige zu interessieren. Schon ein gewichtiges Ministeramt für einen arabischen Abgeordneten käme einer politischen Sensation gleich.

Nach Auszählung aller Stimmen entfallen auf den „Likud“ 30 (Netanjahu), auf das „Zionistische Lager“ 24 (Herzog/Livni), auf die

„Vereinigte Liste“ 14 (Oudeh), auf „Es gibt eine Zukunft“ 11 (Lapid), auf „Wir alle“ 10 (Kahlon), auf das „Jüdische Haus“ 8 (Bennett), auf die „Sefardischen Thorawächter“ 7 (Deri), auf „United Torah Judaism“ 6 (Gafni), auf „Unser Haus Israel“ 6 (Lieberman) und auf „Meretz“ 4 (Gal'on) Mandate. Es bewarben sich 25 Parteien mit 1.280 Kandidaten. Wahlberechtigt waren 5.881.696 Israelis über 18 Jahre. Gal'on kündigt ihren Rücktritt an. Netanjahu strebt die Bildung einer rechtsnationalen Koalition unter Einschluss der orthodoxen Parteien an.
